

Wildwuchs der Ideen zur Zukunft der AHV

Eine Bündelung zu einer Gesamtstrategie steht aus

Wer hat die beste Antwort auf die Frage nach der Sicherung der finanziellen Zukunft der AHV, lautet die politische Preisfrage zurzeit. Gewonnen hat jedoch noch keiner. Seit der Veröffentlichung des Entwurfs zur 11. AHV-Revision sprissen die Ideen zur Reform der AHV. Eine überzeugende Strategie für die Zukunft ist indessen noch nicht gefunden.

cs. Strategien zur Sicherung der Zukunft der AHV wachsen wie Pilze aus dem Boden. Jüngstes Beispiel ist das Initiativprojekt, das Anfang Woche vorgestellt wurde und an dem sich vorwiegend altgediente Sozialdemokraten beteiligen. Hauptfrage der AHV ist, wie die Probleme zu lösen sind, die sich für die Alterssicherung insbesondere auf Grund der demographischen Entwicklung stellen. Wie kann angesichts der Alterung der Gesellschaft die Finanzierung der Renten gesichert werden? Wie soll der künftige Generationenvertrag aussehen? Sind Abstriche bei den Leistungen zu machen? Wo? Wieviel? Wie kann man dem weitverbreiteten Anliegen einer Flexibilisierung des Altersrücktritts entgegengekommen?

Der Entwurf des Bundesrates zur 11. AHV-Revision, auf den die Nationalratskommission vor einer Woche eingetreten ist und der Antworten auf die Zukunftsfragen geben sollte, will niemanden begeistern. Die Proteste waren nach der Publikation der bundesrätlichen Botschaft Anfang Februar massiv und kamen von allen Seiten. Niemand ist zufrieden, weder die Arbeitgeber noch die Gewerkschaften, weder die Sozialdemokraten noch die bürgerlichen Parteien. «Gegenprojekte» wurden unverzüglich in die Diskussion geworfen. Wie ausgereift und wie umfassend diese freilich sind, ist eine andere Frage.

Unausgegoren, aber effektiv

Allen voran und besonders lautstark trat die SVP auf die Bühne und setzte sich selbst bei ihren eigenen Parteimitgliedern in die Nesseln. Weder mit ihren Vorschlägen zu kurzfristigen Massnahmen noch mit den mittel- und längerfristigen Vorgehen konnte sie überzeugen. Zur Vorgabe machte sie, dass für den Sozialbereich in den nächsten zehn Jahren keine neuen Steuern, Abgaben oder Lohnprozente erhoben werden dürfen. Die Soziallastquote sei längerfristig und dauerhaft auf das Niveau von 1990 zu senken. Dies bedeutet aber, dass man sich in der AHV gegen eine Flexibilisierung des Rentenalters und für die Begünstigung der persönlichen Vorsorge ausspricht. Aber auch das Rentenalter ist für die SVP angesichts der Zukunftsprobleme der AHV nicht mehr tabu. Man kann sich längerfristig eine Erhöhung des AHV-Alters vorstellen, heisst es in ihrem Grundsatzpapier. Gar ein Übergang zur freiwilligen, steuerbegünstigten, individuellen Vorsorge für Krankheit, Alter und Invalidität wird angeführt. Eventuell sei ein Wechsel vom Umlage- zum Kapitaldeckungsverfahren bei der AHV vorzunehmen. Dass die SVP das gesamte überschüssige Nationalbankgold und die Spielbankenerträge für die AHV verwenden will, ist seit längerem bekannt. – Die weitreichenden Kursänderungen der nationalen Partei riefen Kantonalparteien auf den Plan. War es nicht Christoph Blocher, der vor den eidgenössischen Wahlen vom Herbst noch versprochen hatte, die AHV sei unantastbar? Die Berner SVP bezeichnete die Vorstellungen der Mutterpartei zur Sozialpolitik als «Schnellschuss» und distanzierte sich von ihnen. Selbst Bundesrat Ogi übte Kritik.

Am anderen politischen Ende kämpft die SP, die von einem Ausbau der AHV noch immer nicht abgekommen ist. Sie verniedlicht denn auch das demographische Problem der AHV und betont statt dessen die Abhängigkeit des Sozialwerks von der wirtschaftlichen Lage. Die SP fordert den Altersrücktritt à la carte ab 62 Jahren für alle. Sie strebt dabei einen ungekürzten Rentenbezug an. Weiter verlangt die SP eine existenzsichernde AHV. Dazu sei die Rentenformel abzuändern, um eine Verbesserung der Renten für kleine und mittlere Einkommen zu erreichen. Statt eines Abbaus bei der Witwenrente und damit deren Anpassung an den gesellschaftlichen Wandel propagiert sie ein neues System der Hinterlassenenrente mit einem Ausbau der Waisenrente. Zur Finanzierung noch zu behebender Lücken und der von der SP geforderten Leistungsverbesserungen setzt sie primär auf zusätzliche Mehrwertsteuerprozente, dann aber auch auf die Einführung einer Erbschaftsteuer, einer Kapitalgewinnsteuer oder einer Energiesteuer. Ferner will die SP auf einen Teil der überschüssigen Goldreserven der Nationalbank greifen.

Die Freisinnigen haben als Ziel für die Sozialwerke vorgegeben, dass deren finanzielle Sicherung bis mindestens 2003 ohne zusätzliche fiskalische Massnahmen zu erfolgen habe. Und danach müsse man mit einem Minimum an Mehreinnahmen auskommen. Die Verwendung der Nationalbank-Goldreserven für die AHV lehnt die FDP bisher ab. Die fiskalischen Vorgaben der Freisinnigen bedeuteten, dass Einsparungen erzielt werden müssen, denn anders sind diese nicht zu erfüllen. Die FDP verlangt zudem ein Gesamtkonzept zu den Sozialversicherungen vom Bundesrat. Einer Flexibilisierung des Altersrücktritts gegenüber zeigt sich die Partei offen, doch müsse diese kostenneutral erfolgen. Für die FDP ist ferner eine «sanfte Pensionierung» zwischen 62 und 68 Jahren denkbar.

Eine Öffnung beim Altersrücktritt à la carte kann sich auch die Präsidentin des Gewerkschaftsbundes und SP-Ständerätin Christiane Brunner vorstellen. Sie denkt an eine Zeitspanne zwischen 60 und 68 Jahren. Das Alter 64 wäre nach ihren Vorstellungen das normale Rentenalter, doch auch wer mit 60 in Rente ginge, hätte Anspruch auf eine ungekürzte Leistung. Finanziert würde diese durch jene, die erst mit 68 Jahren die Erwerbstätigkeit aufgeben.

Besorgte Blicke

Die Christlichdemokraten schliesslich äussern Besorgnis bezüglich der SVP-Stossrichtung, aber ebenso mit Blick auf die Sicherung der Sozialwerke und verlangen wie die FDP eine Gesamtstrategie. Sie wenden sich gegen Möglichkeiten der Einführung eines höheren Rentenalters. Und die Flexibilisierung des Altersrücktritts muss kostenneutral sein. Zu einer Erhöhung der Mehrwertsteuer zur Finanzierung der demographisch bedingten Mehrkosten bieten sie hingegen Hand. Ausserdem zählt die CVP auf einen Drittel der freiwerdenden Goldreserve der Nationalbank für die AHV.

Zu den parteipolitischen punktuellen Reformvorstellungen gesellen sich auch noch zwei Initiativen. Jene des Schweizerischen Kaufmännischen Verbandes und der Angestelltenverbände, der sich auch der Gewerkschaftsbund angeschlossen hat, schlägt eine ungekürzte Ruhestandsrente (bei Aufgabe der Erwerbstätigkeit) ab 62 vor. Das Volksbegehren der Grünen «für ein flexibles Rentenalter ab 62 für Mann und Frau» verlangt ebenfalls eine Ruhestandsrente. Ferner fordert das Begehren eine Teilrente für Teilzeiterwerbstätige. Es ist zu erwarten, dass die Volksabstimmung über beide oder zumindest über die Initiative der Angestellten gegen Ende Jahr stattfinden wird. Neu ist nun auch noch das eingangs erwähnte Initiativprojekt von SP-Nationalrat Rudolf Rechsteiner hinzugekommen, für welches sich die Alt-SP-Politiker engagieren. Dieses schlägt in erster Linie eine zusätzliche Finanzierung der AHV über die Erträge der Nationalbank und in zweiter Hinsicht über eine eidgenössische Erbschaftssteuer vor.

Die parlamentarischen Beratungen der 11. AHV-Revision, die gerade erst begonnen haben, finden vor dem geschilderten Hintergrund statt. Für die bürgerlichen Parteien ist dabei der Finanzrahmen knapp geworden. Zusätzliche finanzielle Mittel stehen kaum mehr zur Verfügung. Deshalb gilt es, auch die Leistungsseite anzusehen, und dazu gehört das Rentenalter. Die Sozialdemokraten sehen sich demgegenüber noch nicht am Ende des Ausbaus des Sozialstaates. Zwar räumen auch sie ein, dass Zurückhaltung am Platz sei. Lücken, was immer darunter zu verstehen ist, müssten aber noch gefüllt werden; hiezu zählen sie etwa den flexiblen Altersrücktritt bei voller Rente. Und dafür wollen sie die finanziellen Mittel finden und zur Verfügung stellen. Hoffnungsvoll setzt man bei der Linken zudem auf das Wirtschaftswachstum.